



Dringliche Interpellation

betreffend Volksabstimmung "Sanierungsprogramm 2004", Auswirkungen auf Winterthur

eingereicht von: Gemeinderat David Hauser namens der SP-Fraktion

am: 30. August 2004

Geschäftsnummer: 2004/072

Text und Begründung

Am 26. September 2004 stimmt der Kanton Zürich über das "Sanierungsprogramm 2004" ab. Es handelt sich dabei um ein Abbauprogramm nach gewohnter Manier, das den einen Haushalt auf Kosten des anderen belastet. Einmal mehr werden kantonale Aufgaben den Gemeinden überbürdet. Die Probleme des Winterthurer Haushalt werden durch Lastenabwälzungen bereits ohne das Sanierungsprogramm verschärft: Im Budget 2005 wird zum Beispiel die Kostenbeteiligung am Untergymnasium (eine kantonale Aufgabe!) wirksam, die Finanzierung des Jugensekretariates (eine kantonale Aufgabe!) wird gestrichen, Staatsbeiträge an Stütz- und Fördermassnahmen im Volksschulbereich (eine kantonale Aufgabe!) werden gekürzt - und dies alles bei extremen Schwankungen des Steuerkraftausgleichs (minus 41 Millionen von 2003 auf 2004!). Immer wieder hat der Stadtrat vor den zusätzlichen Belastungen des Sanierungsprogramms '04 gewarnt. Nun steht es zur Abstimmung und es stellen sich folgende Fragen:

1. Welche zusätzlichen Belastungen bringt das Sanierungsprogramm 2004 konkret für die Stadt Winterthur? Welche Massnahmen belasten konkret den Winterthurer Haushalt in welcher Höhe?
2. Welches sind die Auswirkungen bei einer Ablehnung des Sanierungsprogramms 2004 auf das Budget 2005?
3. Wie stellt sich der Stadtrat zum Sanierungsprogramm und was ist sein Beitrag in der Volksabstimmung?
4. Wie stellt sich der Stadtrat zur Sparpolitik, die den kantonalen Haushalt auf Kosten der Gemeinden sanieren will? Welche städtischen Leistungen gedenkt der Stadtrat im Gegenzug zu kantonalisieren?

